23. Oktober 2019, bifeb

Eine Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung in Kooperation mit dem Büchereiverband Österreichs und dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Handout von Robert Hummer

Seyla Benhabib: Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger. Suhrkamp: Berlin 2017

Thesen / Inhalt:

Seyla Benhabib ist Professorin für Politische Philosophie an der Yale University. Das Buch basiert auf einer überarbeiteten und erweiterten Fassung jener Vorlesungen, welche sie 2002 an der University of Cambridge hielt. Die englische Erstausgabe erschien 2004 unter dem Titel *The Rights of Others*. Die deutsche Übersetzung wurde 2008 veröffentlicht. In Anbetracht der anhaltenden Aktualität der behandelten Thematik – konkret: der Frage der Verteilung politischer Teilhaberechte unter den Bedingungen globaler Migration – wurde das Buch 2017 von Suhrkamp neu aufgelegt und stellt nach wie vor einen wichtigen Referenzpunkt dar.

Benhabib gliedert ihr Buch in fünf Kapitel. Die ersten drei Kapitel stehen im Zeichen einer kritischen Auseinandersetzung mit theoretischen Überlegungen von Kant, Arendt und Rawls. Auf dieser Grundlage stellt sie im vierten und fünften Kapitel eigene (diskursethisch inspirierte) Überlegungen zur Lösung des Konflikts um politische Zugehörigkeit vor. Die Autorin plädiert dafür, Zugehörigkeitsfragen zum Gegenstand eines fortlaufenden Verständigungsprozesses zu machen, in welchem die Teilnehmenden mit vernünftigen Argumenten über die Gültigkeit und Anerkennung entsprechender Normen diskutieren könnten. Voraussetzung dafür ist die Anerkennung des prinzipiellen Rechts, Zugehörigkeitsrechte zu erwerben (Grundrecht auf Zugehörigkeit), aber auch die Anerkennung der Zulässigkeit von Vergabekriterien (sofern diese prinzipiell erfüllbar sind und nicht schon *a priori* bestimmte Gruppen ausschließen).

Kritik / Rezeption:

Die Autorin greift in ihrem Buch ein zentrales politisches Thema unserer Zeit auf: Die Frage nach der politischen Zugehörigkeit und den ihr eingeschriebenen Konflikt zwischen menschenrechtlichem Universalismus und nationalstaatlichem Partikularismus. Benhabib löst dieses Spannungsfeld nicht eindimensional auf, sondern plädiert dafür, dieses anzuerkennen und im Rahmen von wechselseitigen Verständigungsprozessen ("demokratische Iterationen") unter Anerkennung diskursethischer Prinzipien fortlaufend zu bearbeiten. Denkt man diesen Vorschlag zu Ende, liegt darin eine enorme Chance. Gleichzeitig muss kritisch angemerkt werden, dass Benhabibs Vorschläge an entscheidender Stelle oft abstrakt bleiben und kaum berücksichtigen, dass "Iterationen" dieser Art auch bestehende Gräben vertiefen und/oder bestehende politische Exklusionsmechanismen verstärken können.

Bezug zur politischen Bildung:

Benhabibs Vorschläge sind für die politische Bildung zumindest in zweierlei Hinsicht interessant: Erstens können sie als Plädoyer dafür gelesen werden, das Kontroverse ins Zentrum von politischen Bildungsprozessen zu rücken und politische Bildung verstärkt als Möglichkeit zu denken, andere Standpunkte und Perspektiven wahrzunehmen und mit dem Anderssein anderer leben zu lernen. Zweitens weisen sie auf die Erfordernis hin, bestehende demokratische Normen partizipativ weiterzuentwickeln – auch dabei kommt der politischen Bildung eine Schlüsselfunktion zu.

23. Oktober 2019, bifeb

Eine Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung in Kooperation mit dem Büchereiverband Österreichs und dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Handout von Edma Ajanović Wilhelm Heitmeyer: Autoritäre Versuchungen. Suhrkamp: Berlin 2018

Thesen / Inhalt:

Wilhelm Heitmeyer will zwei Fragen beantworten. Erstens möchte er die Entstehung und Entwicklung autoritärer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung erklären und zweitens den Aufstieg und Erfolg rechter Parteien und Bewegungen in Deutschland ergründen. Autoritäre Einstellungen oder Autoritarismus operationalisiert er für seine empirische Untersuchung als positive Einstellungen gegenüber autoritärer Aggression, Unterwürfigkeit, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtspopulistischen Ideen.

Die zwei zentralen Thesen des Buches lauten wie folgt:

- 1.) Autoritäre Einstellungen sind Ausdruck der kapitalistischen Konkurrenzökonomie sowie der ihr geschuldeten (sozialen) Desintegration und stehen im Zusammenhang mit Demokratieentleerungsprozessen. Die "Landnahme" des Neoliberalismus, also das Vordringen ökonomistischer Prinzipien in alle Lebensfelder, gefährdet die soziale Integration (Solidarität v. a. der Mittelschicht nimmt ab) und die demokratische Gesellschaft (über individuelle Kontrollverluste, Souveränitätsverluste und Demokratientleerung).
- 2.) Der autoritäre Nationalradikalismus der AfD in Deutschland mobilisiert diese bereits vorhandenen autoritären Einstellungen. "Der in der Bevölkerung existierende Autoritärismus […] hat durch den autoritären Nationalradikalismus der AfD ein politisches "Ortsangebot' bekommen" (S. 237).

Kritik / Rezeption:

Das Buch bietet eine dichte theoretische und empirische Analyse des Erstarkens sogenannter autoritärer Einstellungen in Deutschland. Diese Dichte ist zugleich die Stärke und die Schwäche des Buches, denn leicht kann sich die Leserin/der Leser in den verschiedensten theoretischen Konzepten und empirischen Daten verlieren. Die Folge: Die empirischen Analysen und Konzepte wirken eher aneinandergereiht und sprechen nicht zueinander. Das Buch überzeugt, wenn es den Zusammenhang zwischen neoliberalen Einstellungen, abnehmender Solidarität und abnehmendem Vertrauen in demokratische Prozesse empirisch zeigt und theoretisch aufarbeitet. Allerdingst bleibt unklar, wie damit der Erfolg der AfD erklärbar wird. Denn die empirischen Beispiele zeigen konstant gebliebene autoritäre Einstellungen, bei steigenden Erfolgen für den "autoritären Nationalradikalismus" der AfD. Schließlich trägt die Begriffsdiskussion in Bezug auf das verwendete Konzept "autoritärer Nationalradikalismus" auch wenig dazu bei die Begriffsverwirrung um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu entschärfen – auch, wenn das Buch zunächst eine Lösung verspricht.

Bezug zur politischen Bildung:

Das Buch ist jedenfalls für politische Bildungsarbeit sehr nützlich. Einerseits greift es gegenwärtige Phänomene wie Rechtspopulismus und Autoritarismus auf. Andererseits macht es mögliche Zusammenhänge mit breiteren gesellschaftlichen Transformationen und "Normalitätsverschiebungen" deutlich.

23. Oktober 2019, bifeb

Eine Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung in Kooperation mit dem Büchereiverband Österreichs und dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Handout von Hikmet Kayahan

Édouard Louis: Wer hat meinen Vater umgebracht. Verlag S. Fischer: Frankfurt/Main 2019 (Als Einstieg empfohlen vom selben Autor: Das Ende von Eddy. Verlag S. Fischer 2015)

Thesen / Inhalt:

Die Wut in Frankreich ist enorm. Die *Gelbwesten* empören sich über Macron mit der Kraft ihrer Körper, auf der Straße. Unsere politische Gegenwart ist vom Rand gezeichnet, dem Auseinanderkragen der rechten und linken Lager, der schamlos Reichen und der beschämend Armen. Édouard Louis liefert die passende unbequeme Literatur dazu. *Wer hat meinen Vater umgebracht* ist eine traurige Hommage an den eigenen Vater, die soziale Ungerechtigkeit anprangert und als Manifest der Gelbwesten-Bewegung gehandelt wird. Wie schon in seinem Erstling *Das Ende von Eddy*, der Coming-of-Age-Geschichte eines homosexuellen Jungen im Arbeitermilieu, thematisiert Louis gesellschaftlich bedingte Gewalt und bedient sich dabei seiner eigenen Biografie. Der Vater, im ersten Roman mit seiner homophoben Härte, Bildungsfeindlichkeit, seinem Alkoholismus und Machismo noch Täter, wird im aktuellen Buch zum Opfer.

Kritik / Rezeption:

Die an ein väterliches Du gerichtete Rede folgt auf dem ersten Blick Erinnerungen und Assoziationen. Genauer betrachtet baut sich in diesen zeitlich ungeordneten Rückblenden aber eine Argumentationslinie auf, und der Text verwandelt sich in ein Pamphlet. Dessen zentraler These lässt sich wenig entgegensetzen:

"Die Herrschenden mögen sich über eine Linksregierung beklagen, sie mögen sich über eine Rechtsregierung beklagen, aber keine Regierung bereitet ihnen jemals Verdauungsprobleme, keine Regierung ruiniert ihnen jemals den Rücken … Die Politik verändert ihr Leben kaum …"

Louis' Text ist einerseits die Geschichte einer Versöhnung – der zwischen Vater und Sohn –, andererseits die wütende Anklage einer zerstörerischen Verteilungspolitik, die, wie Louis konstatiert, unter den Ärmsten Todesopfer fordert. Die von ihm ausgemachten Täter werden beim Namen genannt, Verantwortung, die zum Sachzwang abstrahiert wurde, persönlich zugeteilt. Chirac lässt den Vater seine Medikamente selbst bezahlen. Sarkozy zwingt ihn, trotz kaputter Wirbelsäule körperlich schwere Arbeit zu verrichten, Hollande verordnet Überstunden, und Macron nimmt ihm die Würde.

(vgl.: https://oe1.orf.at/artikel/655136/Wer-hat-meinen-Vater-umgebracht)

Bezug zur politischen Bildung:

In schlichter, fast roher Sprache führt Louis in eine vermeintlich fremde Welt; gewährt Einblick in Leben, die uns fremd scheinen, befremden und ängstigen. Die Leser*innen werden mit Wirklichkeiten konfrontiert, von denen sie sich sicher abgegrenzt wähnen. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass wir alle einen solchen "Vater" in unserem Leben haben: Als Vater, Bruder, Onkel, Nachbar, Kollege. Die Geschichte führt in die Abgründe unserer politischen Systeme und zeigt, wie aus Hoffnungslosigkeit Kampf werden und aus Lethargie Aufbegehren entstehen kann.

23. Oktober 2019, bifeb

Eine Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung in Kooperation mit dem Büchereiverband Österreichs und dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Handout von Sonja Luksik

COMPA et al. (Hg.): Pädagogik im globalen postkolonialen Raum. Beltz Juventa: Weinheim Basel 2019

Thesen / Inhalt:

Herausgeber_innen des Sammelbandes sind vier Bildungskollektive bzw. Selbstorganisationen aus Österreich, Deutschland und Bolivien. Dementsprechend vielfältig – sowohl den Inhalt als auch die Form betreffend – gestalten sich die 21 Beiträge im Buch. Neben wissenschaftlichen Artikeln finden sich Collagen, Interviews und *Spoken Word Performances* unter den Textformen. Das Buch teilt sich in drei thematische Blöcke. In "Widerständige Praxen" werden Beispiele antirassistischer pädagogischer Arbeit aus Brasilien, Bolivien, Österreich und Deutschland erläutert. In "Historische Bezüge" erhalten Leser_innen Einblick in Ursprünge und Entwicklungen sowie Herausforderungen und Erfolge dekolonialer Bewegungen und Ansätze. In "Theoretische Annäherungen" werden relevante theoretische Bezüge diskutiert.

Allen Beiträgen im Sammelband liegt die Theorie *dekolonialer Pädagogik* zugrunde. Die wesentlichen Thesen lauten: Während des europäischen Kolonialismus fand Beherrschung und Ausbeutung nicht nur auf materieller, politischer oder sozialer Ebene statt, sondern es entwickelte sich eine "Kolonialität des Wissens". Im Zuge dessen werden bis heute bestimmte Erkenntnismöglichkeiten disqualifiziert, sanktioniert und verdrängt. Dekoloniale Pädagogik verfolgt das Ziel, nicht-hegemoniale Wissensbestände und Praktiken anzuerkennen. Bildungspolitik mit befreiendem Charakter bedeutet demnach, das paternalistische Bestreben der Befreiung "Anderer" zu problematisieren und stattdessen Machtverhältnisse im pädagogischen Prozess zu thematisieren.

Kritik / Rezeption:

Das Buch bietet anhand zahlreicher Praxisbeispiele aus unterschiedlichen Ländern interessante Einblicke in dekoloniale Pädagogik. Gerade weil Perspektiven auf Bildungskontexte und -prozesse aus dem globalen Süden bzw. aus der Diaspora in Österreich und Deutschland nach wie vor marginalisiert sind, haben das Thema und das Ziel des Buches bittere Aktualität. Kritisch muss angemerkt werden, dass manche Konzepte aufgrund sprachlicher Fehler bzw. der "holprigen" Übersetzung schwer nachvollziehbar sind.

Bezug zur politischen Bildung:

Das Buch kann als Anstoß für eine Reflexion über hegemoniale Wissensproduktion in der politischen Bildung gelesen werden – denn gerade in Österreich ist das Fach politische Bildung hinsichtlich Personals und Programmatik wenig divers. Offen bleibt die Frage der Herangehensweise bzw. Strategie: Wie kann es konkret gelingen, deprivilegierte Wissensbestände nicht weiter zu marginalisieren?

Zudem stellen sich nach der Lektüre von Mitherausgeberin *maiz* aufgeworfene Fragen für politische Bildner_innen: Wie positioniert sich politische Bildung zu Wertekursen, Kürzungen von Fördermitteln bei migrantischen Selbstorganisationen, technokratischen Kontrollen der Arbeit etc.?